

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

17. WP - 5. Sitzung (neu)

am Mittwoch, dem 10. Februar 2010, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Hauke Göttisch (CDU)	
Astrid Damerow (CDU)	i.V. von Niclas Herbst
Mark-Oliver Potzahr (CDU)	i.V. von Markus Matthießen
Heiner Rickers (CDU)	
Wilfried Wengler (CDU)	
Rolf Fischer (SPD)	
Anette Langner (SPD)	
Hans Müller (SPD)	i.V. von Birte Pauls
Kirstin Funke (FDP)	
Gerrit Koch (FDP)	
Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)	
Anke Spoorendonk (SSW)	

### **Weitere Abgeordnete**

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Umsetzung der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“</b>	<b>4</b>
Berichterstatter: Caroline Schwarz, Beauftragte für Minderheiten und Kultur	
<b>2. Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum</b>	<b>7</b>
Berichterstatter: Stefan Musiolik, Leiter des Referats Ostsee- und Nordseeangelegenheiten in der Staatskanzlei	
<b>3. 2010 - „Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/57	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/59	
<b>4. Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices im Ostseeraum</b>	<b>13</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/71	
<b>5. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie in Schleswig-Holstein (Dienstleistungsrichtliniengesetz Schleswig-Holstein)</b>	<b>15</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/175	
<b>6. Verschiedenes</b>	<b>17</b>

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden geänderten Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Umsetzung der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“**

Berichterstatterin: Caroline Schwarz, Beauftragte für Minderheiten und Kultur

Die Beauftragte für Minderheiten und Kultur und Vorsitzende des DialogforumNorden, Frau Caroline Schwarz, führt in die Umsetzung der Kompetenzanalyse ein. Die Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“ sei als Auftrag des Landtags an die EURAC in Bozen erteilt worden. Das DialogforumNorden habe sich in mehreren Sitzungen mit Möglichkeiten der Umsetzung befasst. Insgesamt sei die Studie mehrfach der Öffentlichkeit vorgestellt und sehr positiv aufgenommen worden. Sie zeige in ihrer zentralen Aussage, dass die Minderheiten einen Standortfaktor in der Grenzregion darstellten und einen Mehrwert auch für die Mehrheitsbevölkerung hätten. Ziel der Umsetzung sei nun, die Minderheiten mehr als bisher an der grenzüberschreitenden regionalen Entwicklung teilhaben zu lassen. Ein konkretes Projekt, das vom DialogforumNorden verfolgt werde, sei das sogenannte Demokratieprojekt, über das sie schon in der vergangenen Legislaturperiode berichtet habe. Dabei gehe es darum, Menschen aus Konfliktgebieten in die Grenzregion einzuladen und mit ihnen über die dortigen Erfahrungen in Dialog zu treten. Vor dem Hintergrund der Erfahrung in der Grenzregion wolle man so zeigen, dass friedliche Koexistenz möglich sei. Eine wichtige Rolle dabei spielten die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen als europäischer Dachverband und das ECMI als wissenschaftliches Institut. Die Stärke liege in der Kombination von wissenschaftlicher Begleitung und praktischer Erfahrung vor Ort. Die Herausforderung, vor der man stehe, sei die Finanzierung der Projekte, die vom DialogforumNorden nicht geleistet werden könne. So werde der Bedarf für das Projektdesign mit 20.000 € veranschlagt, je 10.000 € sollten dabei an Schleswig-Holstein beziehungsweise von Dänemark kommen. Wenn die Konzeption vorläge, müssten Mittel zu Umsetzung des Projekts beschafft werden.

Als weiteres konkretes Projekt, das Möglichkeiten zur Umsetzung der Ergebnisse der Kompetenzanalyse biete, führt Frau Schwarz die Bewerbung Sønderborgs als europäische Kulturhauptstadt im Jahr 2017 an. Die Bewerbung, über die im Jahr 2012 entschieden werde, könne

ihrer Ansicht nach nur erfolgreich sein, wenn sich Mehrheit und Minderheit gemeinsam beteiligten.

Eine Frage des Abg. Fischer, ob eine Möglichkeit der Einwerbung von Mitteln darin bestehe, Trägern aus der Wirtschaft deutlich zu machen, dass sich eine Investition auch finanziell lohne, beantwortet Frau Schwarz dahingehend, dass man überlegt habe, eine namhafte Persönlichkeit für die Umsetzung des Projekts zu gewinnen, die die Verbindung zu Sponsoren und anderen Akteuren schaffen könne. Hier sei jedoch eine Anschubfinanzierung von 20.000 € eine wichtige Angelegenheit.

Abg. Spoorendonk betont, dass der Landtag zu der Verantwortung, die aus der Durchführung der Studie erwachsen sei, stehen müsse, und plädiert dafür, einen Weg zu finden, die Finanzierung möglich zu machen. Dazu müsste gegebenenfalls auch der Bund herangezogen werden. Ihrer Ansicht nach könne es nicht Aufgabe der Minderheiten allein sein, die Verantwortung für die Kompetenzanalyse zu übernehmen. Dies gelte besonders vor dem Hintergrund, dass die Minderheiten nicht nur Geld kosten würden sondern auch der Region Geld einbrächten. Sie kündigte darüber hinaus an, einen Antrag zum Thema Sønderborg als Kulturhauptstadt Europas in den Landtag einzubringen.

Auf eine Frage des Abg. Müller zur zurückhaltenden Rolle der Wirtschaft führt Frau Schwarz aus, das DFN könne eine Ansprache der Vertreter der Wirtschaft nicht leisten. Deshalb sei es wichtig, eine Person damit zu beauftragen, die Gespräche zu führen.

Zur Finanzierung seien von der dänischen Seite - so führt Frau Schwarz auf eine Frage des Abg. Wengler aus - positive Signale gekommen. Man müsse jedoch noch einmal konkret an Dänemark herantreten. Auf eine Frage des Abg. Andresen nach der Resonanz auf die Kompetenzanalyse führt Frau Schwarz aus, bisher sei diese überall positiv gewesen. Vielfach sei man - vor allem im Landesteil südlich des Kanals - überrascht über die Bedeutung, die Minderheiten im nördlichen Landesteil hätten. - Abg. Andresen spricht sich dafür aus, die Anstrengungen zu verstärken, um die Minderheiten in ihrer Bedeutung darzustellen.

Frau Schwarz führt auf eine Frage des Abg. Fischer aus, der Auftraggeber der Studie sei der Landtag gewesen, insofern sei es auch die originäre Aufgabe des Landtags, die Umsetzung der Ergebnisse und die daraus folgenden Maßnahmen zu begleiten. Aber auch bei der Landesregierung sei ein ausgeprägtes Interesse an der Studie vorhanden, und man wolle die Umsetzung voranbringen.

Abg. Spoorendonk spricht sich dafür aus, dass die Landesregierung zeitnah über die aus ihrer Sicht vorhandenen Möglichkeiten der Umsetzung der Ergebnisse der Kompetenzanalyse berichten solle.

Auf eine Frage der Abg. Funke betont Frau Schwarz, dass das geplante Projektdesign nicht vom DFN selbst geleistet werden könne. Auch das ECMI stelle nur wissenschaftliche Begleitung, aber keine finanziellen Mittel dafür zur Verfügung.

Auf eine Frage der Abg. Damerow führt Frau Schwarz aus, dass die Planung der Finanzierung ein integraler Bestandteil des Projektdesigns sei. Insgesamt seien die Kosten für das Projekt selbst jedoch überschaubar.

Abg. Fischer kündigt an, St Maurus zu befragen, ob er eine Möglichkeit sehe, die Umsetzung der Ergebnisse der Kompetenzanalyse in die von ihm vorgestellte Dänemarkstrategie einzubinden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum**

Berichterstatter: Stefan Musiolik, Leiter des Referats Ostsee- und Nordseeangelegenheiten in der Staatskanzlei

Herr Musiolik, Leiter des Referats Ostsee- und Nordseeangelegenheiten in der Staatskanzlei, führt aus, das Ziel der Ostseestrategie der Europäischen Union sei, den spezifischen Herausforderungen der Region zu begegnen. Dabei gehe die Europäische Union mit der Ostseestrategie einen neuen Weg, indem eine spezifische Politik für eine Makroregion definiert werde. Insgesamt gebe es 15 Prioritäten, 70 Aktionen und 80 Projekte, die im Rahmen der Ostseestrategie umgesetzt werden sollten. Wichtig sei, dass auf Betreiben Schleswig-Holsteins als sogenannte horizontale Maßnahme auch die Schaffung einer gemeinsamen Ostseeidentität, zu der auch das Projekt des Ostseegeschichtsbuchs beitragen solle, Eingang in den Aktionsplan gefunden habe.

Die Ostseestrategie sei darüber hinaus auch für das Europäische Parlament ein Thema, das an einem Initiativbericht hierzu arbeite. Für die Koordinierung sei die Kommission verantwortlich. Für die 15 Prioritätenfelder gebe es jeweils Koordinatoren aus den Mitgliedstaaten, Deutschland sei zum Beispiel für die Priorität 2, den Erhalt der Naturräume und der Biodiversität verantwortlich. Schleswig-Holstein engagiere sich im Rahmen der Priorität 4 „Model Region for Clean Shipping“. Eine Aktualisierung des Aktionsplans sei für März 2010 vorgesehen. Jährlich sei zudem ein Forum geplant, bei dem interessierte Akteure des Ostseeraums den Stand der Umsetzung überprüfen könnten. Wichtig für Schleswig-Holstein sei, die bestehenden Einflussmöglichkeiten zu nutzen. Schleswig-Holsteins Rolle bei der Umsetzung der EU-Ostseestrategie finde sich vor allem im Bereich Clean Shipping, andere Länder hätten andere Prioritäten übernommen. Wichtig bei der Umsetzung der Ostseestrategie sei, vorhandene INTERREG-Programme zu nutzen.

Ein weiterer Schleswig-Holsteinischer Schwerpunkt der Umsetzung der EU-Ostseestrategie - so führt RL Musiolik weiter aus - seien die Themen Ostseeidentität und Ostseegeschichtsbuch. Bei dem letztgenannten Projekt solle auch die Academia Baltica einbezogen werden. Zudem solle die Möglichkeit vorhanden sein, dass auch Jugendliche an diesem Projekt teilnähmen. Der Bundestag stehe dem Projekt sehr positiv gegenüber. Weitere Aspekte im Bereich der Ostseeidentität seien die Musik und die Einbindung der Wirtschaft über die Entwicklung einer Ostseemarke.. Auch hier hoffe man, EU-Mittel zur Kofinanzierung zu be-

kommen, um das Projekt weiterzuentwickeln. Insgesamt sei das Land Schleswig-Holstein im Hinblick auf die Ostseestrategie gut aufgestellt. Mit ihr werde sich eine neue Dynamik entfalten, zu der Schleswig-Holstein seinen Beitrag leisten wolle.

Abg. Spoorendonk möchte wissen, warum sich die Schleswig-Holsteinische Landesregierung für einen anderen Weg entschieden habe als Mecklenburg-Vorpommern. Sie bedaure, dass die offensive Strategie Mecklenburg-Vorpommerns nicht auch von Schleswig-Holstein verfolgt werde. Mit Blick auf den wechselnden BSSSC-Vorsitz fragt Abg. Spoorendonk, ob die Kontinuität des Schleswig-Holsteinischen Engagements in und über BSSSC gewährleistet sei.

RL Musiolik führt aus, der Vorsitz in der BSSSC wechsele alle zwei Jahre. Schleswig-Holstein leite aber die Arbeitsgruppe Meerpolitik, diese Funktion wechsele auch nicht. Das Sorge für Kontinuität und zeige, dass Schleswig-Holstein dort anerkannt sei. Es gebe unterschiedliche Möglichkeiten, die schleswig-holsteinischen Positionen in die europäischen Gremien einzubringen. Entscheidend sei, dass Schleswig-Holstein bisher Erfolg gehabt habe. So seien die über die BSSSC eingespeisten Positionen zur sauberen Ostseeschifffahrt von zahlreichen Ostseeorganisationen und von der Europäischen Kommission übernommen worden. Das Vorgehen Schleswig-Holsteins sei auch immer transparent gewesen, da die Veranstaltungen öffentlich stattfänden.

Abg. Langner bedauert, dass Schleswig-Holstein nicht die Verantwortung für wichtige Bereiche wie Tourismus oder Bildung übernommen habe, und möchte wissen, ob es noch die Möglichkeit für Schleswig-Holstein gebe, sich in der Umsetzung der Strategie in einer der Untergruppen verantwortlich einzubringen. - RL Musiolik betont, dass das Hauptanliegen der Landesregierung darin bestehe, die schleswig-holsteinischen Interessen in diesen Prozess einzuspeisen. Darüber hinaus müsse abgewogen werden, in welchem Verhältnis Kosten und Nutzen zueinander stünden. Schleswig-Holstein beteilige sich durch sein großes Engagement im EU-Ostseeprogramm aktiv an der Umsetzung der EU-Ostseestrategie.

Auf eine Frage der Abg. Funke zur Finanzierung des Ostseegeschichtsbuchs führt RL Musiolik aus, diese sei noch nicht gesichert. Man müsse um die Finanzierung im Rahmen des INTERREG-Programms kämpfen, da nur begrenzt Mittel zur Verfügung stünden. Durch die bisherige Lobbyarbeit habe man aber eine gute Vorbereitungsarbeit geleistet. Die Landesregierung werde es begrüßen, wenn das Projekt auch vonseiten des Europaausschusses nachdrücklich unterstützt würde.

Abg. Spoorendonk möchte wissen, ob zu den von der Landesregierung als für die Ostseeidentität wichtigen Veranstaltungen auch die Nordischen Filmtage, Jazz Baltica und Folk Baltica



zählen würden, denn dies habe Auswirkungen auf die in nächster Zeit vorzunehmenden Kürzungen. - RL Musiolik führt aus, dass durch INTERREG-Mittel keine Haushaltsprobleme des Landes Schleswig-Holstein gelöst werden könnten, da selbst größere Summen auf sehr viele einzelne Projekte verteilt würden.

Der Ausschuss kommt überein, sich zeitnah erneut mit dem Thema Umsetzung der Ostsee-strategie zu beschäftigen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**2010 - „Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE  
und SSW  
Drucksache 17/57

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 17/59

(überwiesen am 16. Dezember 2009 an den **Sozialausschuss** und den Europa-  
ausschuss)

Abg. Funke bittet im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP um alternative Abstimmung. Des Weiteren führt sie aus, dass die Frist schon am 28. September 2009 abgelaufen und ein politisches Tätigwerden nicht mehr möglich sei. Die Projekte für dieses Jahr seien nachhaltig und langfristig angelegt. Sie würden dem Europäischen Jahr gerecht, die Armutsbekämpfung durch gezielte Bildungs- und Arbeitspolitik nachhaltig weiter zu unterstützen.

Auf die Fragen des Abg. Fischer, welche Projekte das Land angemeldet habe und welche Stellungnahmen bisher von der auf Länderebene angesiedelten Koordinationsgruppe in Berlin vorgetragen wurden, erwidert St Dr. Bonde, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales um Bewerbungen von Projekten und Organisatoren gebeten habe. Über die eingegangenen Bewerbungen sei vom Bundesministerium selbstständig, unter Berücksichtigung von Stellungnahmen eines Beirates, in dem auch Ländervertreter saßen, im vergangenen Jahr darüber entschieden worden, welche Projekte gefördert werden müssten.

Zur Frage der Koordination erläutert Frau Sydow, Referentin im Sozialministerium für das Projekt Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung, dass es sich um eine Länder-AG handele, bei der der Bund nur Gast sei. Im Vordergrund dieser Arbeitsgruppe stehe die Bekämpfung der Armutfolgen von Kindern und die Prävention von Kinderarmut. Aus diesem Grund hätten sich die Länder den Schwerpunkt auf diesen Themenbereich gelegt. Gleichzeitig solle zur Problematik der Kinderarmut eine Abstimmung über einen Strategieentwurf erfolgen.

Im Rahmen dieser Länder-AG habe sich eine Unterarbeitsgruppe gebildet, die bis zur nächsten Arbeits- und Sozialministerkonferenz ein Positionspapier erarbeiten werde. Durch die

fachliche Positionierung zum Thema Kinderarmut sei Schleswig-Holstein in dieser Unterarbeitsgruppe vertreten. Hauptsächlich werde es hier um die Frage gehen, was man aus den Erfahrungen, auch aus dem Ablauf, des Europäischen Jahres lernen könne.

Für die Durchführung des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung habe der Bund für die gesamte Bundesrepublik 1,25 Millionen € für die Durchführung von Projekten, die bestimmten Schwerpunktthemen gewidmet sein müssten, zur Verfügung gestellt. Themen seien Teilhabe und Entwicklungschancen, Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt und Inklusion von Menschen mit Behinderung. Hierzu wurde eine Ausschreibung durchgeführt, die von einem Beirat begleitet worden sei. Aufgrund der geringen Personalressourcen sei Schleswig-Holstein in diesem Beirat nicht vertreten gewesen. Insgesamt hätten sich fast 900 Projekte aus ganz Deutschland beim Sozialministerium beworben. Die Vergabe sei am Königssteiner Schlüssel orientiert durchgeführt worden. Hiernach sei für Schleswig-Holstein ein Projekt bewilligt worden. Es sei das Projekt einer Migrantenorganisation auf dem Kieler Ostufer, bei dem Elternarbeit in Bezug auf Hausaufgabenbetreuung und sprachliche Qualifikation in der Grundschule geleistet werden solle.

Abg. Potzahr fasst zusammen, dass Einigkeit darüber bestehe, dass 2010 als Europäisches Jahr für Armut und soziale Ausgrenzung gut geheißen werde, dass alle Fraktionen sich dafür aussprechen, dass die Landesregierung im Rahmen dieses Jahres Aktivitäten ergreife und dass das Thema Kinderarmut einen besonderen Schwerpunkt habe. Dissens bestehe darin, wie dies durchzuführen sei. Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP sehe vor, bestehende Projekte weiterzuentwickeln, sie in den Vordergrund zu stellen und damit ein breites Bewusstsein für diese Projekte zu schaffen. Der Antrag der Oppositionsfraktionen fordere Beteiligung, Beiräte und Berichte, was CDU und FDP ablehnten. Er regt an, Kompromissvorschläge zu diskutieren und befürworte im Falle keiner Einigung eine alternative Abstimmung.

Zum Problem der bereits abgelaufenen Frist zur Mittelbeantragung weist Abg. Andresen darauf hin, dass dies auch schon der Fall gewesen sei, als der Ursprungsantrag von der Fraktion DIE LINKE eingereicht worden sei. Des Weiteren bemängelt er, dass dieser Antrag einige Male im Parlament vertagt und von Ausschuss zu Ausschuss geschoben worden sei. Jetzt gehe es aber darum, festzulegen, welche Aktivitäten man als Land Schleswig-Holstein über die Landesregierung entfalten könne. Der Unterschied, dass man mit Beiräten, mit betroffenen Verbänden Projekte koordinieren wolle, ergebe sich aus der nationalen Umsetzungsstrategie. Hierin stehe, dass es Evaluierungen geben solle. Das solle man zusammen mit den betroffenen Verbänden tun und nicht allein im Ausschuss oder als Landesregierung. Außerdem gehe es auch darum, das Thema Armut stärker in der Öffentlichkeit zu verankern, was auch eines der Hauptziele des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung sei.

Abg. Fischer wirft die Fragen auf, ob er bei den im CDU- und FDP-Antrag genannten Projekten davon ausgehen könne, dass diese im Rahmen des sozialen Jahres realisiert und weiter umgesetzt würden. Bedeute dies eine Bestandsgarantie für diese Projekte? Selbst wenn keine neuen Projekte genannt würden, enthebe dies nicht von der Aufgabe, die bestehenden Projekte weiter zu begleiten. Insofern wäre es sinnvoll, die von den Oppositionsfraktionen vorgeschlagenen Beiräte und Berichte einzuführen.

Ein Kernpunkt des Europäischen Jahres sei die Beteiligung der Betroffenen. Das heiÙe, dass gerade das Gespräch mit den von Armut und Ausgrenzung Betroffenen in den Mittelpunkt gestellt werden solle. Dies sei im Antrag der Regierungsfraktionen nicht vorgesehen, sodass eine alternative Abstimmung unausweichlich erscheine. Die regionale Strategieumsetzung werde die SPD dann in Form eines eigenen Antrags demnächst einbringen.

Abg. Funke weist Abg. Andresen darauf hin, dass beide am 28. September 2009 noch keine Abgeordneten gewesen seien, sodass es zu keiner Verschleppung habe kommen können. Sie regt an, wenn der Europaausschuss die Europäischen Jahre als wichtig erachte, für das Jahr des freiwilligen Engagements im nächsten Jahr politische Initiativen zu entwickeln. Abg. Jezewski regt an, der Landesregierung zu empfehlen, auf bestehende Projekte im Bereich soziales Europa in diesem Jahr keine globalen Minderausgaben anzuwenden und diese stattdessen um 50.000 € aufzustocken.

St Dr. Bonde gibt Auskunft darüber, dass M Dr. Garg vorschlagen werde, die Projekte fortzuführen. Sie sagt zu, dass die Anregungen und Wünsche des Europaausschusses aufgenommen und geprüft würden. Die Landesregierung werde selbstverständlich auch das Bündnis für Teilhabe weiterentwickeln. Man sei gerade dabei, ein Patenschaftsmodell zu entwickeln, das sich aber noch in der Abstimmung auf Arbeitsebene befinde. Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sei auch einiges geplant, wie zum Beispiel ein Internetauftritt, eine nationale Fokuswoche im Sommer und die Setzung von Schwerpunktthemen mit den Medien im Land, damit ausführlich über solche Projekte berichtet werde.

In alternativer Abstimmung empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Sozialausschuss, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, Drucksache 17/57, mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW abzulehnen und den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/59, mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices im Ostsee-  
raum**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 17/71

(überwiesen am 29. Januar 2010 zur abschließenden Beratung)

Abg. Langner betont, im Bericht sei gut die bisherige Arbeit der Hanse-Offices und Schleswig-Holstein-Büros dargestellt. Sie vermisse allerdings die Zukunftsperspektive in der Darstellung. Zudem fehle eine stärker inhaltliche Ausrichtung der Büros, zum Beispiel im Bereich sozialer Ausgrenzung.

RL Musiolik führt aus, dass die zukünftigen Aufgaben der Hanse-Offices in großen Teilen in der Fortführung der bisherigen Arbeit bestünden und insofern nicht breit thematisiert werden müssten. Ein geplanter inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit der Hanse-Offices sei eine stärkere Werbung für in Schleswig-Holstein stattfindenden Messen, zum Beispiel die NordBau oder die NORLA. Eine weitere Möglichkeit bestehe in der internationalen Ausrichtung der Kliniken, an der von Klinikseite ein großes Interesse bestehe. Da könne man die Schleswig-Holstein-Büros stärker einsetzen. Hilfreich könnten die Schleswig-Holstein-Büros auch dabei sein, Themen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Ostseestrategie mit den Partnern im Ostseeraum zu besprechen. Insgesamt sollten die Büros auch bei der konkreten Projektarbeit helfen.

Auf eine Frage des Abg. Dankert zu den Auswirkungen der Fehmarnbelt-Querung auf die Arbeit der Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices führt RL Musiolik aus, dass der Bau der Fehmarnbelt-Querung eine neue Dynamik in die Region trage und sich neue Akteure engagierten, zum Beispiel das Fehmarnbelt-Komitee, das Fehmarnbelt Business Council oder der WTSH-Vertreter in Kopenhagen. Unter anderem aus diesem Grund sei die Arbeit des Schleswig-Holstein-Büros in Malmö für entbehrlich erachtet worden. Insgesamt vermisse man das Büro nicht.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zur Veränderung der Nachfrage und der Wirtschaft in den baltischen Staaten betont RL Musiolik, es gebe einen deutlichen Rückgang mit teilweise dramatischen Einbußen bis zu 20 % des Bruttoinlandsprodukts.

Abg. Spoorendonk interessiert, ob es ein Konzept oder einen Arbeitsplan für die Arbeit der Büros gebe. - RL Musiolik führt aus, dass die jährlichen Arbeitsplanungen für jedes Büro die konkret anstehenden Aufgaben festlegen würden. Die Arbeitspläne für 2010 seien mit den Beschäftigten der Repräsentanzen auf einem Seminar in Kiel im Dezember 2009 erörtert worden. Hilfreich seien die Büros unter anderem dann, wenn es Wechsel in den Zuständigkeiten vor Ort gebe. Mit Hilfe der Büros könne man schnell reagieren und neue Kontakte knüpfen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht, Drucksache 17/71, abschließend zur Kenntnis

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie in Schleswig-Holstein (Dienstleistungsrichtliniengesetz Schleswig-Holstein)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/175

(überwiesen am 29. Januar 2010 an den **Finanzausschuss** und den Europaausschuss)

Bernt Wollesen, Leiter des Referats E-Government im Finanzministerium, führt zu der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie der EU aus, die Frist zur Umsetzung der EUDienstleistungsrichtlinie sei am 28. Dezember 2009 abgelaufen. Ziel der Dienstleistungsrichtlinie sei, die Marktstrukturen umfangreich auf den globalen Wettbewerb auszurichten. Im Zentrum stehe dabei eine Vereinfachung und Erleichterungen von Strukturen, sowohl im grenzüberschreitenden als auch im Bereich des Inlands. Nicht nur das Land sei dabei aufgefordert gewesen, sein Recht zu überprüfen, sondern auch Kommunen und Kammern. Technisch sei dabei eine Kommunikation verschiedener Behörden über Ländergrenzen hinweg notwendig. Für das Finanzministerium sei die Dienstleistungsrichtlinie auch ein Motor der Verwaltungsmodernisierung. Der in der Richtlinie vorgesehene einheitliche Ansprechpartner habe fristgerecht zum 31. Dezember 2009 seine Arbeit aufgenommen.

Auf eine Nachfrage der Abg. Langner zu einer durch die europäische Dienstleistungsrichtlinie möglicherweise drohende Verschärfung von Auflagen für die Hafensicherheit führt RL Wollesen aus, dass diese Frage abschließend nur von zuständigen Fachressort beantwortet werden könne. Allerdings stehe im Mittelpunkt der Dienstleistungsrichtlinie die Vereinfachung von Verfahren und nicht die Einführung neuer Regelungen.

Den Vorsitzenden interessiert, inwieweit der Vorschlag mit den kommunalen Landesverbänden abgeklärt sei, weil Einnahmeneinbrüche zu befürchten seien. - RL Wollesen führt aus, die kommunalen Landesverbände seien umfassend eingebunden worden; von kommunaler Seite seien keine Bedenken vorgetragen worden. Risiken für Einnahmeausfälle sehe auch das Ministerium an dieser Stelle nicht.

Der Europaausschuss empfiehlt dem federführenden Finanzausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der LINKEN, den Gesetzentwurf dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.



Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Zur Verteilung der Dokumente, die ihn über das Frühwarnsystem erreichten, bietet der Vorsitzende an, weitere Interessierte in den Verteiler aufzunehmen.

Abg. Wengler schlägt vor, in einer der kommenden Europaausschusssitzungen über die AdR-Sitzung einen Bericht zu erhalten. Darüber hinaus regt er an, Terminüberschneidungen zwischen AdR-Sitzungen und dem Europaausschuss möglichst zu vermeiden.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 12:40 Uhr

gez. Bernd Voß  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer